

APA, August 24, 2017

Petritsch: Außenpolitik wird derzeit nur als Abwehrpolitik gesehen

Ehemaliger Spitzendiplomat fordert aktive Friedens- und Außenpolitik - Kritik an Kurz: Außenminister betreibt nur Innenpolitik - Westbalkanländer müssten selber mehr für EU Beitritt tun

Balkanexperte Wolfgang Petritsch wird am Samstag 70 Jahre alt. Im APA-Gespräch kritisiert er die Politik von Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) scharf, spart aber auch nicht an Kritik an Ex-SPÖ-Bundeskanzler Werner Faymann. Der aktuelle Wahlkampf sei "von allen klassischen diplomatischen außenpolitischen Fragen befreit". Außenpolitik werde nur als Abwehrpolitik gesehen, so der Ex-Spitzendiplomat.

Petritsch war Sekretär von Bruno Kreisky (1977 bis 1983), ehe er in den diplomatischen Dienst wechselte. Er war Botschafter in Jugoslawien (1997 bis 1999), EU-Sondergesandter für den Kosovo (1998 bis 1999) und Hoher Repräsentant der internationalen Gemeinschaft in Bosnien-Herzegowina (1999 bis 2002). Bei der Nationalratswahl 2002 kandidierte er für die SPÖ, im Falle eines Wahlsieges wäre er als Außenminister vorgesehen gewesen.

Stattdessen wurde er Botschafter bei der UNO und WTO in Genf (2002 bis 2008) und anschließend bei der OECD in Paris (2008 bis 2013). Nach seiner Pensionierung übernahm er die Präsidentschaft der Austrian Marshall Plan Foundation und lehrte unter anderem an den renommierten US-Universitäten Harvard und Berkeley.

Die derzeitige Außenpolitik der Bundesregierung findet angesichts der globalen Veränderungen keinen Anklang bei Petritsch. Das Außenministerium habe sich "zu einem Abwehramt entwickelt" und "die Regierung ist voll mit Sicherheitsministern", die alle damit beschäftigt seien, Scheinlösungen zu produzieren.

Man bleibe dabei als Besserwisser isoliert, nicht zuletzt, da sich Staaten die zehnmal mehr in die Bekämpfung der humanitären Krise investieren, gepflanzt fühlen. Stattdessen fordert Petritsch, dass Österreich "aus Eigeninteresse eine aktive Friedens- und Außenpolitik" betreiben solle. „Das hat es ja alles schon einmal gegeben“, ergänzt Petritsch Die Beziehungen seien noch nie zu so vielen Nachbarstaaten so schlecht wie heute gewesen, so Petritsch. Bei der Türkei kritisiere man die Menschenrechtslage, was er unterstütze, während "man bei Russland die wirtschaftlichen Interessen hervorkehrt und völlig darauf vergisst, dass auch dort die Menschenrechte" verletzt würden.

Überhaupt sei die Nachbarschaftspolitik Österreichs derzeit "völlig inkonsistent" und es würde auch der historische Kontext außer achtgelassen, wenn voreilig der Notstand beschworen wird und etwa Panzer auf den Brenner geschickt würden. Zwar wolle er sich nicht in den Wahlkampf einmischen, so Petritsch, doch sehe er es mit großer Sorge, dass auch die anderen Parteien nicht so sehr darauf achten würden, "welchen hohen Stellenwert gute internationale

Beziehungen haben". "Wir haben uns zu einem unsicheren europäischen Kantonisten gewandelt. Wir flirten mit Orban (dem ungarischen Premier Viktor, Anm.) und sind kritisch gegenüber Brüssel", ohne selbst Ideen einzubringen. Dafür werde auf einem Medienausflug nach Libyen über die EU geschimpft. In Brüssel jedoch glänze der Außenminister nur allzu oft durch Abwesenheit. „Das geht schon garnicht.“ kritisiert Petritsch. Österreich habe sehr stark vom EU-Beitritt profitiert und zähle heute zu einem der reichsten Länder der Welt, und das "hat mit Europa zu tun".

Versäumnisse wirft Petritsch aber auch der Regierung Faymann vor. "Die sieben verlorenen Faymann-Jahre sehe ich als großes Problem und Herausforderung für den jetzigen Bundeskanzler", findet Petritsch. Was damals nicht passiert sei, könne man nur sehr schwer aufholen. Das wirke sich dann auf die "Mentalität einer Mehrzahl im Lande aus, die auf den Schein einer unsolidarischen Sicherheit hineinfallen würden", so Petritsch. Der Wahlkampf bei der Bundespräsidentenwahl habe doch gezeigt, dass die Österreicher für eine pro-europäische Politik durchaus zu haben seien, wenn die Zusammenhänge entsprechend erklärt würden.

Die Art und Weise, wie die Balkanroute geschlossen wurde, sei ein Pfusch gewesen, findet Petritsch angesichts der tatsächlichen illegalen Übertritte. "Indem wir Griechenland brüskieren und Deutschland ausschließen, erreichen wir nichts", betont Petritsch. Es sei ganz klar, "dass ohne den Türkei-Deal die Balkanroute nicht gehalten hätte". Ihn habe es selbst überrascht, "wie negativ man in europäischen politischen Kreisen über den österreichischen Außenminister spricht", so Petritsch. Anstatt sich seiner Aufgabe zu widmen, bestmögliche Beziehungen aufrechtzuerhalten, betreibe der Außenminister blanke Innenpolitik, kritisiert er.

Die Westbalkanländer seien differenziert zu beurteilen, analysiert Petritsch. Gerade sei er in Serbien gewesen und dort sehe man "trotz aller Flirts mit Russland", dass die EU die Zukunft des Landes sei. Serbien sei auch der wichtigste Staat in der Region und "die Frage des serbisch-albanischen Verhältnisses", also primär des Kosovos, sei entscheidend. Die jüngsten Aussagen des serbischen Präsidenten deuten auf einen historischen Kurswechsel hin. Österreich wäre gut beraten diesen möglichen Durchbruch in der Kosovofrage aktiv zu unterstützen. "Wir genießen in der Region großes Vertrauen."

Der geopolitische Einfluss am Westbalkan werde überschätzt. So gehe es dem russischen Präsidenten Wladimir Putin nicht um den Balkan, sondern darum die EU vorzuführen. "Die Schwächen der EU sichtbar zu machen", sei das wahre Ziel der russischen Außenpolitik. Daher sei es notwendig, mit einer Stimme hart aber konstruktiv mit Putin zu reden. Die von der USA betriebene Embargopolitik funktioniere nicht, mache "aber vieles schlechter", so Petritsch. Bedingungslos sollten die Sanktionen nicht aufgehoben werden, doch sei es Aufgabe der Diplomatie einen Kompromiss mit einem so wichtigen Nachbarn wie Russland zu finden. Bosnien-Herzegowina und der Kosovo seien sicher die Nachzügler in der Region, doch "in beiden Staaten krankt es an der Politik".

Wenn der Staatsbildungsprozess im Kosovo nicht endlich Fahrt aufnimmt, wird man auch in 30 Jahren nicht bereit für einen EU-Beitritt sein", so Petritsch. In Bosnien werde man ohne Überwindung der ethischen Dreiteilung nicht weiterkommen. Diese "Dysfunktionalität des Staates" begünstige freilich "potenzielle islamistische Terroristen". Dennoch wolle er den Einfluss der Türkei und Saudi-Arabiens am Westbalkan nicht überbewerten. Es gebe Statistiken, die zeigten, "dass prozentmäßig wesentlich mehr Jihadisten aus Belgien kommen als aus Bosnien". Doch ein nicht funktionierender Staat sei eine Herausforderung, und hier müsse die EU ansetzen. Voraussetzung für einen EU-Beitritt der Westbalkanstaaten sei jedenfalls eine grundlegende Reform der EU, so Petritsch. „Wo aber sind die österreichischen Ideen und Vorschläge?“ fragt Petritsch, der daran erinnert, dass Österreich 2018 die EU Präsidentschaft übernimmt. „Die Baustelle Europa- und Aussenpolitik bedarf der gründlichen Sanierung.“, so Petritsch abschliessend.

(Das Gespräch führte Martin Hanser/APA)